

# Zur Rechtsentwicklung der Linkspartei.PDS,

zu den Perspektiven einer Neuen Linkspartei und den taktisch-  
strategischen Notwendigkeiten der politischen Linken in WASG  
und Linkspartei.PDS

von  
Egbert Scheunemann

Stand: 26. September 2006

Das Fiasko, das die Linkspartei.PDS (LPDS) bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 17. September 2006 erlitten hat, bei denen sie mehr als die Hälfte der Stimmen im Vergleich zur vorherigen Wahl verlor<sup>1</sup>, scheint in der gesamten LPDS nur kurzfristig für Nachdenklichkeit gesorgt zu haben. Wenige Tage nach diesem Desaster erklärte der Landeschef der LPDS Mecklenburg-Vorpommerns, Peter Ritter, dass er sich sogar eine Koalition mit der FDP vorstellen könne!<sup>2</sup> Und zum Landesparteitag der LPDS in Sachsen-Anhalt eine Woche später legte der Landesvorstand den Entwurf eines Leitantrags vor, dessen programmatische Positionen selbst Oskar Lafontaine dem „rechten Flügel der heutigen Sozialdemokratie“ zugeordnet hat.<sup>3</sup> So wird selbst in dem durch Änderungsanträge entschärfte verabschiedeten Papier noch immer behauptet, die „Globalisierung“ inklusive der „Entwicklung der globalen Finanzmärkte“ sei „ein nicht umkehrbarer Prozess“.<sup>4</sup> Der Kampf gegen diese internationale Finanz(un)ordnung, zentraler Gesichtspunkt jeder wirklich linken, sozialistisch-demokratischen Wirtschaftsprogrammatisierung, wird damit als im Grunde sinnlos deklariert, Anpassung ans Unvermeidliche erscheint als nahezu schicksalhaft – TINA eben: There is no alternative!

Dass sich der Kurs der Berliner LPDS unter Harald Wolf, also die rot gefärbte Durchsetzung neoliberaler Politik (Privatisierung von Sozialwohnungen, Austritt aus dem öffentlichen Arbeitgeberverband, Lohnkürzungen und Entlassungen in öffentlichen Betrieben, Zustimmung zum EU-Verfassungsentwurf etc.)<sup>5</sup>, zum Mainstreamkurs der LPDS im gesamten Bundesgebiet entwickelt hat, war spätestens klar mit der Zustimmung der gesamten LPDS-Parteiführung zum immer wieder proklamierten Ziel der Weiterführung der rot-roten Koalition durch die Berliner LPDS – und manifestierte sich etwa auch durch die Wahl Katina Schuberts, einer engen Vertrauten Harald Wolfs, zur stellvertretenden Parteivorsitzenden schon im April dieses Jahres.<sup>6</sup>

Letzte Zweifel an der Rechtsentwicklung der LPDS zerstreut schließlich ein Papier mit dem Titel „Abschied und Wiederkehr. Aufruf aus der PDS (!! E.S.) zur neuen deutschen Linkspartei“, das, von wenigen prominenten Ausnahmen abgesehen, von der gesamten Funktionärsaristokratie der LPDS, Entschuldigung: PDS unterschrieben wurde.

---

<sup>1</sup> Vgl. [www.egbert-scheunemann.de/Wahldebakel-LPDS-Berlin-und-Perspektiven.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Wahldebakel-LPDS-Berlin-und-Perspektiven.pdf)

<sup>2</sup> [www1.ndr.de/ndr\\_pages\\_std/0,2570,OID3120506,00.html](http://www1.ndr.de/ndr_pages_std/0,2570,OID3120506,00.html)

<sup>3</sup> [www.nd-online.de/artikel.asp?AID=97489&IDC=2](http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=97489&IDC=2)

<sup>4</sup> [www.linkspartei-sachsen-anhalt.de/pt/060923\\_24/reden/Leitantrag-Programmdebatte.pdf](http://www.linkspartei-sachsen-anhalt.de/pt/060923_24/reden/Leitantrag-Programmdebatte.pdf)

<sup>5</sup> Vgl. die sehr informative Auflistung von 27 Fehlentscheidungen des rot-roten Berliner Senats: [www.wasg-berlin.de/uploads/media/LAGBroschuereEndfassung1.pdf](http://www.wasg-berlin.de/uploads/media/LAGBroschuereEndfassung1.pdf)

<sup>6</sup> [www.katina-schubert.de/html/biographie.html](http://www.katina-schubert.de/html/biographie.html)

In diesem heißt es etwa: „Für die Sicherung oder gar den Ausbau des Sozialstaates reicht es... heute nicht aus, nur auf den Staat, auf seine Gesetze und sein Geld, zu schauen. Das Versagen der ‚Reformpolitik‘ erklärt sich auch aus dem fehlenden innovativen Unterbau in der Gesellschaft, aus der alleinigen Verantwortungszuweisung an den Staat. Deshalb wollen wir uns nicht zuerst (!! E.S.) auf die Verwaltung der Missstände und die Durchsetzung entsprechender Maßnahmen konzentrieren, sondern alles dafür tun, die kreativen, innovativen Kräfte in der Gesellschaft frei zu setzen und im Sinne der breiten Bevölkerung nutzbar zu machen. Daraus erwächst eine neue Art von Regulierung – beruhend auf erneuerten sozialen Sicherungssystemen und auf der Stärkung der Zivilgesellschaft und des Individuums.“<sup>7</sup>

Eine Politik, die in Sachen sozialer Sicherheit „nicht zuerst“ auf den Staat schaut, sondern zuerst auf die Zivilgesellschaft und das Individuum, wird üblicherweise mit dem Terminus *Stärkung der Eigenverantwortung* beschrieben – und das ist DER Topos und Vorwand der neoliberalen Zerschlagung des Sozialstaats. Wie eine armutsresistente Mindestrente oder ein entsprechendes Grundeinkommen oder eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle *zuerst* über eine „Stärkung der Zivilgesellschaft und des Individuums“ durchzusetzen ist, verschweigen uns die Autoren dieses „Abschieds“ von linker, demokratisch-sozialistischer Politik tunlichst.

### Neue rechte Linkspartei?

Wird nach der Fusion der WASG mit der LPDS die Neue Linkspartei also nichts anderes sein als die Fortsetzung dieser Rechtsentwicklung der LPDS in neuem Gewand? Nein. Zumindest nicht zwingend und unmittelbar. Selbst wenn es zu einer Fusion zwischen beiden Parteien nach dem Modell kommen sollte, das der Parteienrechtler Martin Morlok in seinem Gutachten<sup>8</sup> präferiert, wäre die LPDS zunächst und für eine bestimmte Übergangszeit konfrontiert mit einem neuen Parteiprogramm, einer neuen Satzung und neuen Parteigremien auf allen Ebenen, die paritätisch durch Vertreter der WASG erstellt bzw. besetzt worden wären. Um die neue Konstellation und die neuen Kräfteverhältnisse an einem zentralen Punkt zu verdeutlichen: Auf dem Gründungsparteitag der Neuen Linkspartei stünden 398 Delegierten der LPDS 398 Delegierte der WASG gegenüber!

Es liegt also SEHR viel daran, ob und wie die WASG – also jene politische Kraft, die sich explizit gegen die neoliberale Politik auch der PDS in Berlin und sonst wo gegründet hat – diese transitorische Parität nutzt, um die Neue Linkspartei auf den Kurs einer authentisch antineoliberalen, authentisch linken und sozialen Politik zu bringen. Und die Chancen stehen nicht schlecht. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass es auch in der LPDS heftigen Widerspruch gibt gegen den Mainstream der Harald Wolf & Co. Man denke an die *Kommunistische Plattform*, die *Antikapitalistische Linke*<sup>9</sup> oder den Aufruf junger Berliner Mitglieder der LPDS gegen den neoliberal weichgespülten Kurs ihrer Parteiführung.<sup>10</sup> Durch das Wahldesaster in Berlin ist die Mehrheitsfraktion der LPDS faktisch geschwächt – auch wenn sie noch immer einem ‚Weiter so‘, ja einem

<sup>7</sup> [http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/diskussion\\_programmatik/view\\_html?zid=33214&bs=1&n=4](http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/diskussion_programmatik/view_html?zid=33214&bs=1&n=4)

<sup>8</sup> [http://media.w-asg.de/uploads/media/0609\\_gutachten\\_prof\\_morlok.pdf](http://media.w-asg.de/uploads/media/0609_gutachten_prof_morlok.pdf)

<sup>9</sup> <http://www.antikapitalistische-linke.de/>

<sup>10</sup> <http://www.jungewelt.de/2006/09-27/044.php>

‚Jetzt erst recht‘ und, wie gezeigt, inzwischen sogar mit der FDP ‚Jetzt erst recht‘ trotzig-fatalistisch das Wort redet.

Durch den bisherigen, taktisch und strategisch – im Sinne der Schaffung eines wirklich *breiten* Linksbündnisses – schlichtweg dämlichen Turbofusionskurs wurde derartig viel Porzellan zerdeppert, wurden derartig viele Mitstreiter aus der breiten linken Sammlungsbewegung, die die WASG anfänglich war und sein wollte, abgeschreckt, dass selbst eine wirkliche Neugründung einer Neuen Linkspartei, in die die Mitglieder der WASG wie LPDS einzeln eintreten würden nach Auflösung beider Parteien, kaum noch etwas retten könnte. Die Sache, was den eingeschlagenen Weg und die Form der Parteineugründung betrifft, ist gelaufen, hochgradig.

Was aber keinesfalls gelaufen ist, ist die *inhaltliche* Ausrichtung der Neuen Linkspartei – als deren Namen ich übrigens *Die Neue Linke* vorschlage. Hier hat die WASG durch ihre transitorische paritätische Vertretung in sämtlichen Parteigremien und vor allem dann, wenn sie mit der kritischen Linken in der LPDS zusammenarbeitet, jede Chance, den politischen Kurs der jetzigen LPDS zu revidieren – und selbst Oskar Lafontaine, nicht unbedingt ein politisches Leichtgewicht, lässt an diesem Kurs ja, wie gezeigt, kein gutes Haar.

Es hängt also sehr viel davon ab, wie sich die WASG und die LPDS-Linke in den nächsten Monaten programmatisch wie taktisch-strategisch positioniert – und kämpft. Die neue Version des programmatischen Eckpunktepapiers<sup>11</sup> etwa, die von der aus beiden Parteien gebildeten Programmkommission vorgelegt wurde, ist eher als Rückschritt zu bezeichnen. Um es nur an zwei Beispielen zu verdeutlichen: Eine explizite Aussage, wie sie in der Programmatik der WASG zu finden ist, dass sich die Neue Linkspartei nicht an Regierungen beteiligt, die öffentliches Eigentum privatisiert oder Sozialabbau betreibt, fehlt. Und in Sachen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme liest man an jener Stelle, wo es um die Beitragsbemessungsgrenze geht, nur noch, dass diese „angehoben“ – und nicht, wie noch im Wahlprogramm der LPDS, dass diese „angehoben“ und perspektivisch auch „aufgehoben“ werden soll.<sup>12</sup>

Die Linke in WASG und LPDS muss in den nächsten Monaten, in denen im Fusionsprozess alle programmatischen und strategischen Weichen gestellt werden, massiv intervenieren. Das Projekt der Parteineubildung muss eine authentisch antineoliberale, soziale und demokratische Neue Linkspartei zum Ergebnis haben. Sonst war es und sonst war vor allem das Projekt namens WASG sinnlos, vollkommen sinnlos.

Wenn diese politischen Kämpfe der Linken beider Parteien vergeblich sein sollten und die Neue Linkspartei programmatisch und vor allem realpolitisch schnell da enden sollte, wo die LPDS der Harald Wolf & Co. schon lange geendet ist, kann es nur heißen: Klappe, Schnitt – WASG die Zweite. Jene Strukturen in und nahe der WASG, die sich schon gebildet haben für diesen Fall der Fälle, müssen erhalten und gestärkt werden – für den Fall der Fälle. An beiden Projekten, an dem der Neuen Linkspartei und, für den Fall ihres Scheiterns, an dem des Aufbaus alternativer Strukturen, parallel zu arbeiten, ist für die vor uns liegende Zeit nicht nur kein Widerspruch, sondern condition sine qua non jeder taktisch-strategisch klugen, authentisch antineoliberalen, sozialen und demokratischen Politik.

---

<sup>11</sup> <http://www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=235&file=0/4/141b.pdf>

<sup>12</sup> [http://sozialisten.de/download/dokumente/wahlprogramme/bundestagswahlprogramm2005\\_dielinkepds.pdf](http://sozialisten.de/download/dokumente/wahlprogramme/bundestagswahlprogramm2005_dielinkepds.pdf)